

Nürnberg, den 10.02.2021



Klare Ansagen prominenter Ärzte

Ärzeschaft steht hinter Banu Büyükavci

In ungewohnt deutlicher Manier mischten sich ärztliche Organisationen und prominente Mediziner in die derzeitige politische Diskussion um die drohende Ausweisung von Dr. Dilay Banu Büyükavci ein. Die Gewerkschaft ver.di hatte am heutigen Mittwoch zur 9. Mahnwache für die Psychiaterin eingeladen. Gekommen waren erneut trotz arktischer Kälte über 120 Personen.

Zunächst durften schriftliche an OB König verfasste klare Positionierungen verlesen werden. Der Vizepräsident der **Bayerische Landesärztekammer**, Dr. med. Andreas Botzlar weist ausdrücklich darauf hin, *„dass Mitglieder der TKP-ML in der Türkei häufig von Folter betroffen sind. Das Recht auf Gesundheit ist ein Menschenrecht. Es gilt unabhängig vom legalen, persönlichen oder politischen Status des Einzelnen.“* Er verlangt daher eine Aussetzung des Verfahrens.

Die Vorsitzende des **Ärztlichen Bezirksverbandes** Dr. med. Heidemarie Lux teilt diese Sorge um drohende *„Folter oder noch schlimmere Maßnahmen bei Auslieferung (...): Als Vertreterin einer ärztlichen Standesorganisation ist es mir wichtig darauf hinzuweisen, dass die Gesundheit und körperliche Unversehrtheit bei allen Entscheidungen Berücksichtigung finden müssen.“*

Als jedenfalls für Nürnberg prominentester Redner wies der langjährige Vorstand des Klinikums **Dr. Alfred Estelmann** auf die seines Erachtens absurde Situation für Büyükavci hin: *„Was mich immer wieder an den Prozess von Kafka, an den Josef K. erinnert ist: Das OLG lässt sich alle Zeit, sein Urteil schriftlich zu begründen. Damit nimmt es Banu Büyükavci die Möglichkeit gegen dieses Urteil die Stimme zu erheben. Gleichzeitig ist die Einwohnerbehörde der Stadt Nürnberg, der Stadt des Friedens und der Menschenrechte, auf die wir eigentlich stolz sind, aktiv, um sie abzuschieben. Der Nürnberger Stadtrat formuliert einen tollen Beschluss, damit sie hierbleiben darf. Aber was ich nicht verstehe, warum man die nicht an die eigene Haustüre, an die eigene Ausländerbehörde richtet!“*

Vereinte
Dienstleistungs-
Gewerkschaft

Bezirk Mittelfranken



PRESEINFORMATION

V.i.S.d.P.:
Ulli Schneeweiß
Gewerkschaftssekretär

ver.di Bezirk Mittelfranken

Kornmarkt 5-7
90402 Nürnberg

Tel.: 0911 – 23 55 7 36
Mobil: 0179 7516152
Email:
ulli.schneeweiss @verdi.de
www.mittelfranken.verdi.de

Dr. med. Susanne Simen, bereichsleitende Oberärztin an der **Klinik für Psychiatrie, Klinikum Nürnberg** hatte von Kolleg*innen an der Klinik Meinungen über Dr. Banu Büyükcavci eingeholt. In einer nicht enden wollenden Liste von etwa 30 Äußerungen lobten jene deren Engagement im Job, ihre Kollegialität und Fachlichkeit und Unentbehrlichkeit, was nicht nur bei der anwesenden Banu Büyükcavci große Rührung auslöste.

Der Personalrat am Klinikum Dr. med. Martin Krasa wies auf den eigenen Flüchtlingsstatus im Jahr 1968 nach dem gescheiterten Dubček-Aufstand in der Tschechoslowakei hin: *„Ich bin sicherlich schon deshalb absolut unverdächtig, mit Mitglieder kommunistischer Parteien zu sympathisieren. Aber darum geht es hier nicht. Es geht darum., dass wir in Deutschland das Glück haben, in einem demokratischen Rechtsstaat leben zu dürfen. Aber wir tragen auch Verantwortung dafür und müssen dort für Demokratie und Menschenwürde einstehen, wo wir sie als bedroht wahrnehmen. Wir mögen die politischen Ansichten von Banu Büyükcavci nicht teilen, aber jeder von uns kennt das Zitat, das Voltaire zugeschrieben wird: ‚Ich teile Ihre Meinung nicht, aber ich würde mein Leben dafür einsetzen, dass Sie sie äußern dürfen‘. Deswegen stehe ich hier. Ich frage die Verantwortlichen des Ausländeramtes und den weisungsbefugten Dienstherrn, Herrn Innenminister Herrmann: Wollen Sie die Verantwortung tragen, dass eine Frau und Ärztin in ein Land ausgeliefert wird, in dem sie mit hoher Wahrscheinlichkeit Folter, Erniedrigung und unmenschliche Behandlung erleiden wird?“*

Organisator des Abends **Prof. Dr. med. Hannes Wandt** legte abschließend den Finger in die zentrale Wunde des §129b des Strafgesetzbuches: *„Man stelle sich vor, dass es in Schweden oder der Schweiz während des Hitler-Regimes diesen Paragraf gegeben hätte: Keiner der Oppositionellen gegen die Naziherrschaft hätte sich in diesen Ländern sicher fühlen können vor Ausweisung und Verschleppung. Daher die Forderung auch hier: Dieser menschenrechtswidrige Paragraf muss weg!“*

Ergänzende Infos:

- Die gesamte Kampagne ist hier dokumentiert: <https://t1p.de/h0ie>
- Vollständige Rede von Dr. Estelmann auf Youtube: <https://youtu.be/ynVrTcJ6cq0>
- Schreiben der bayerischen Landesärztekammer an OB König: <https://t1p.de/6crf>
- Schreiben des ärztlichen Bezirksverbandes an OB König <https://t1p.de/cs1n>

Rückfragen gerne an

Prof. Dr. Hannes Wandt, b.wandt@t-online.de, Mobil: 0173 3620269
Ulli Schneeweiß, ulli.schneeweiss@verdi.de, Mobil 0179 7516152